

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Um die Lohn- und Sozialpolitik

Die Hamburger Tagung der Gesellschaft für soziale Reform

Unter den Gruppen, die sich die Förderung des sozialen Fortschritts in Deutschland zum Ziele gesetzt haben, nimmt die Gesellschaft für soziale Reform einen bevorzugten Platz ein. Einst von bürgerlichen Sozialreformern ins Leben gerufen und bis zum Kriege ausschließlich von bürgerlichen Kreisen, darunter die christlichen Gewerkschaften, getragen, stand sie dennoch lange in dem Ruf, „sozialistisch“ zu sein. Weil Männer der Wissenschaft, wie Wagner, Brentano, Schmoller usw., die sog. „Kathedersozialisten“, an ihrer Gründung und Arbeit beteiligt waren! Um die Verbesserung des Loses der arbeitenden Menschen hat sich die Gesellschaft für soziale Reform bereits in der Vorkriegszeit große Verdienste erworben. Die Namen ihrer langjährigen Führer, Freiherr von Berlepsch und Professor Dr. Ernst Franke, beide nun schon in der kühlen Erde ruhend, werden für immer mit der Geschichte der deutschen Sozialpolitik verbunden bleiben und stets in Arbeiterherzen ein dankbares Echo wecken. Nach dem Kriege ist die Bedeutung der Gesellschaft noch gewaltig gestiegen. Seit einigen Jahren gehören ihr nämlich auch die sozialistischen Gewerkschaften an, die vor dem Kriege ihren Beitritt schroff ablehnten, und vor ganz kurzer Zeit ist ihr auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beigetreten. Da nach wie vor auch die besten wissenschaftlichen Köpfe in ihr mitarbeiten, bildet sie so einen recht geeigneten Boden für die Austragung sozialer Streitfragen im Sinne einer Durchleuchtung und Klärung derselben.

Am 28. und 29. Juni hielt die Gesellschaft in Hamburg ihre 10. Hauptversammlung ab. Es war eine äußerst interessante und anregende Tagung. Im Vordergrund der Beratungen stand das Kaufkraftproblem oder, wie es etwas langatmig in der Tagesordnung hieß:

„Die Wirkungen von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt.“

Dieses Thema war nicht willkürlich gewählt. Seit längerer Zeit geht darüber der Streit zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Neuen Anstoß erhielt die Debatte durch die bekannte Stellungnahme des schwedischen Nationalökonomen Prof. Gustaf Cassel, der in der Zeitschrift „Soziale Praxis“ und dann auf der Weltwirtschaftskonferenz zu begründen versuchte, daß Kaufkraftsteigerung durch „künstliche“ Lohnsteigerung — er sprach vom Gewerkschaftsmonopol! — zu Arbeitslosigkeit führen müsse. Umgekehrt wäre das Abnahmeproblem gelöst und damit die Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft, wenn sich nur die Arbeiter entschließen wollten, zu jedem beliebigen, ihnen von den Unternehmern angebotenen „natürlichen“ Lohn — der sich frei auf dem Arbeitsmarkt bildet — zu arbeiten. Professor Cassel stütze sich bei seiner Feststellung auf die klassische Lehre der Nationalökonomie, d. h. er gab eine theoretische Beweisführung, wobei ihm das Wirtschaftsbild der Entstehungszeit dieser Lehre — ein Kapitalismus der freien Konkurrenz — vorzuschwebte.

Es war daher richtig, wenn der erste Referent in Hamburg, der Heidelberger Universitätsprofessor Emil Lederer die verjünglichen Argumente von Cassel ebenfalls auf dem Wege der theoretischen Auseinandersetzung zu widerlegen bemüht war. Die Tatsachen der Wirtschaft, welche, wie Professor Lederer mit großem Nachdruck betonte, in ihren ausschlaggebenden Teilen (wie Umfang und Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen) nicht einmal bekannt sind, — müssen unter allen Umständen geachtet, ihr Sinn und ihre Bedeutung erörtert werden, zumal Tatsachen, die sich in verschiedenen Zeitpunkten ereigneten, nicht ohne weiteres, d. h. nicht ohne theoretische Überlegung verglichen werden können. Professor Lederer hatte sich vornehmlich zur Aufgabe gestellt, zu zeigen, wie grundverschieden

das Wirtschaftsbild des gegenwärtig herrschenden Kapitalismus von jenem anderen geworden ist, das zur Grundlage der klassischen Lehre des ökonomischen Gleichgewichts und der Behauptung Cassels diente.

Kann man sich eine kapitalistische Wirtschaft ohne Absatzschwierigkeiten (und daher ohne Arbeitslosigkeit) vorstellen? Eine Wirtschaft, in der folglich das Kaufkraftproblem gar nicht existiert, weil für jede Produktion der Verkauf gesichert ist, Produktion und Absatz als zwei Seiten desselben Prozesses von vornherein gegeben, Kauf und Verkauf als einander automatisch bedingende Vorgänge vollzogen werden? Ja, sagte Professor Lederer, in der Theorie gibt es eine solche Wirtschaft. Man muß sich aber stets ihrer Voraussetzungen bewußt bleiben: in einer solchen Wirtschaft darf es keine Hemmungen der Warenproduktion und des Warenaustausches geben, freie Beweglichkeit der Waren und der Menschen, reibungsloser Ablauf der Wirtschaft, schnellste Anpassung an die veränderten Bedingungen (Bevölkerungszunahme, Verschiebungen in der Kapazität und Nachfrage der verschiedenen Produktionszweige), rascheste Aenderung der Proportionen in der Produktion, sobald es sich herausstellt, daß die Produktionen einander nicht gut ergänzen (korrespondieren), reibungslose Überwindung der Gefahren, die im Zeitmoment liegen, d. h. in dem Umstand, daß sich die wirtschaftlichen Vorgänge zeitlich verschieden auswirken — unter solchen Voraussetzungen und unter der weiteren Annahme, daß in der Wirtschaft keine Reserven (unausgenützte Produktionsmittel) vorhanden sind — unter solchen Voraussetzungen könnte man wohl von einem Zustand des wirtschaftlichen Gleichgewichts, wo kein Kaufkraftproblem da ist, sprechen.

Ist aber die Wirtschaft, wie wir sie heute vor uns haben, eine solche hemmungs- und reibungslose Wirtschaft? Nein! Die freie, hemmungslose Konkurrenz besteht in unserer Wirtschaft nicht.

Schon bei völlig freier Konkurrenz treten eine Reihe von Störungen auf, die den Prozeß der Ausgleichung hindern, beispielsweise ist schon die Umpflanzung der Arbeiter, die durch die technische Entwicklung in ihrem Beruf überflüssig werden, in einen andern Beruf praktisch außerordentlich schwer.

Die automatische Steigerung der Kaufkraft bei Steigerung der Produktivität ist also ein schöner Traum schon bei der vollkommen reibungslosen Konkurrenz; in unserer Wirtschaft, in der von einer freien Konkurrenz keine Rede mehr sein kann, trifft sie gar nicht zu.

Schon beim einzelnen Unternehmer herrscht das Bestreben, die durch die Verbilligung der Produktion mögliche Preisensenkung nicht durchzuführen, sondern den Mehrgewinn für sich oder sein Unternehmen zu verbrauchen. Dies Bestreben ist um so größer, wo nicht der einzelne Unternehmer, sondern eine ganze Gruppe, wie in den Syndikaten und Kartellen, die Führung in der Wirtschaftspolitik inne hat. Da wird entweder versucht, eine Senkung der Produktionskosten herbeizuführen, unter Gleichbleiben des Lohnes, oder bei gleichbleibenden Herstellungskosten eine Senkung der Löhne durchzuführen. Eine Steigerung der Kaufkraft entsprechend der Steigerung der Produktivität wird also verhindert. So ergibt sich, daß das ideale Bild der Theorie von einer unzerstörbaren, sich immer regulierenden Kaufkraft in der praktischen Wirklichkeit nicht besteht.

Während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege hieß es: Es wird zu wenig produziert, darum müssen die Löhne niedriger sein, um die Produktion zu beleben. Jetzt, in der Zeit der Rationalisierung heißt es: Es wird zu viel produziert, also müssen die Löhne niedriger sein, um den Absatz zu erleichtern. Das zwei sich so entgegen-

gesetzte Argumente beide richtig sein können, ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Tatsächlich ergibt sich aus dem Entwicklungsprozeß der modernen Wirtschaft, deren Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind, folgendes:

Die Löhne müssen gesteigert werden, um die Kaufkraft zu erhöhen.

Wenn die Löhne gesteigert werden, dann muß nämlich mehr produziert werden, weil mehr konsumiert wird. Das wiederum zwingt zu einer Steigerung der Produktivität, wobei natürlich ein gleichbleibender Geldwert Voraussetzung ist. Die Steigerung der Produktivität wird also erreicht durch eine Steigerung des Reallohnes. Sagte man früher, die Produktionspolitik ist die beste Lohnpolitik, so muß man heute sagen, die Lohnpolitik ist die beste Produktionspolitik.

Als zweiter Redner zu demselben Thema sprach der aus unserer Bewegung hervorgegangene Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Theodor Brauer. Er wies einleitend darauf hin, daß eine von Raum und Zeit absehende Betrachtung dem Problem nicht ganz gerecht werden könne. Es sei notwendig, die rein theoretischen Untersuchungen des Fragenkomplexes durch wirtschaftspolitische Feststellungen und Erwägungen zu ergänzen, aus jenen gewissermaßen die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Dazu führte er etwa aus: Die Forderung der Gewerkschaften nach wirklicher Lohnerhöhung ist schon dadurch verständlich, daß die fortschreitende Rationalisierung die Senkung der Warenpreise nicht gebracht hat.

Verbürgt die Lohnerhöhung in der Tat Steigerung der Kaufkraft und damit Belebung des Wirtschaftslebens?

Natürlich kann es sich nicht um teilweise Lohnerhöhung handeln, die oft nur die Warenpreise steigert, die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Gewerbezweige lähmt und somit auf Kosten anderer Arbeitergruppen geht, sondern um eine durchgängige Erhöhung, die im Lohneinkommen sichtbar wird. Diese Lohnerhöhung soll zweierlei bewirken: Realisierung der in der Rationalisierung vorhandenen Möglichkeiten zur Aufbesserung der Kaufkraft, sodann Vorwegnahme einer künftig zu realisierenden Lohnaufbesserung, um durch die steigende Nachfragefähigkeit den Innenmarkt zu beleben und den kritischen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden. Brauer bezeichnet diese beiden Aufgaben als regulative und spekulative Lohnerhöhung. Daß die Lohnhöhe mit der wachsenden Ergiebigkeit des Arbeitsprozesses Schritt halten soll, wird heute kaum noch jemand grundsätzlich bestreiten. Aber eine Wirtschaftsepoche, deren Kern die „Unternehmung“ und deren Eigenartigkeit der Kredit als die schöpferische Voraussetzung künftiger Möglichkeiten ist, kann auch die spekulative Lohnerhöhung nicht grundsätzlich verneinen, um so weniger, als die Gewerkschaften heute nicht mehr die Zurückhaltung der Arbeitskraft zwecks Erhöhung ihres Preises, sondern die Steigerung der Ertragsfähigkeit des Wirtschaftslebens in den Vordergrund stellen.

Bei der Rationalisierung hat die Arbeiterschaft die Opfer gebracht.

Nicht nur hat der Lohn nicht mit ihr Schritt gehalten, sie hat ihr auch noch dazu Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Mechanisierung des Lebens aufzuerlegt. Die Verdrängung der Arbeiterschaft auf einen künftigen Abschluß der Rationalisierung ist ein Unsinn; denn dieser Prozeß ist ein in seiner Gesamtentwicklung nicht abzusehender, zusammenhängender Prozeß, in dessen Verlauf der jeweiligen Unternehmung fortwährend Vorteile anfallen. Sie bedeutet die Sicherung der einseitigen Ausnutzung der Vorteile zugunsten der Unternehmer. Eine übertriebene Anhäufung von Kapital würde jetzt auf jeden Fall eine Absatzstörung herbeiführen. Eine relative Begrenzung des Lohnfonds ist nicht zu leugnen, aber die Tatsache der höherer Pro-

sie aus dem Austausch mit nichtkapitalistischen Wirtschaften beweist, daß noch Spielraum zur Erhöhung des Lohnanteils vorhanden ist. Was wir heute haben, ist nicht Lohnpolitik, sondern Lohnanarchie. Diese Lohnanarchie muß durch eine ernste Zusammenarbeit von Arbeitern, Unternehmern und Wissenschaftlern zu überwinden gesucht werden. Man sagt, die Wirtschaft dürfe kein Experimentierfeld sein. Aber man überliedert sich, daß es gerade zum Wesen der kapitalistischen Wirtschaft gehört, zu „unternehmen“, das heißt tühne Versuche zu machen — freilich bisher vielfach auf dem Rücken der Arbeiterschaft!

Es ist an der Zeit, daß die Unternehmerschaft nun einmal, statt immer auf Kosten der Arbeiterschaft, nun mit und zugunsten der Arbeiterschaft ein großes Wagnis unternimmt.

So kamen beide Referenten, beide von ihrem rein wissenschaftlichen Standpunkt aus, zu einer Rechtfertigung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik der letzten Jahre.

Freilich, die Unternehmer sind auch in Hamburg nicht befehrt worden. Unbeirrt vertreten sie ihre These, daß die Steigerung der Produktivität das Erste sei, und die Lohnerhöhung als deren Frucht in irgendeinem Zeitpunkt, der merkwürdigerweise nie in der Gegenwart, immer in der Zukunft liegt, abfallen müsse. Ueberflüssig, zu sagen, daß sie sich über den von Brauer geprägten neuen Begriff der „spekulativen Lohnerhöhung“, also der Vorwegnahme künftig möglicher Lohnerhöhungen, geradezu entsetzten. Noch immer verschließen sie sich der Erkenntnis, ohne die dem Kaufkraftproblem nun einmal nicht beizukommen ist: daß nämlich die entscheidende Konsumkraft heute bei den breiten Massen liegt, und daß folglich das Lohn- und Gehaltsproblem nicht mehr nur eine Frage der Lebenshaltung der Arbeiterschaft darstellt, sondern in eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung hineingerückt ist.

Also waren die Hamburger Auseinandersetzungen doch nur ein Drehen im Kreise? Nun, praktische Lösungen waren von der Tagung natürlich nicht zu erwarten. Dennoch wäre es verfehlt, sie als unfruchtbar zu bezeichnen. Die Argumente der Unternehmer wirkten doch recht schwach. Ihre Auffassung von der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit niedriger Löhne war fast völlig in die Defensive gedrängt. Damit ist aber für die Arbeiterschaft schon viel gewonnen.

Das zweite große Thema der Tagung betraf **„die Selbstverwaltung in der Sozialpolitik“**. Hauptreferent war der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsführer und demokratische Parteipolitiker Anton Erkelenz. Er führte ungefähr aus:

Es ist an der Zeit, das Problem der Sozialpolitik kritisch zu betrachten. Aus welchen staatspolitischen Gedankengängen entstand die Sozialpolitik? Das Kaiserreich wollte keine Selbsthilfe bei den unteren Volksschichten, sondern Staatshilfe. Das war damals dann richtig, wenn man sich auf den Boden der damaligen Staatsidee, des Royalismus und des Konservatismus stellte. Es war falsch vom Standpunkt der unvermeidlichen Entwicklung zur Demokratie aus. Kann und darf der demokratische Staat von heute dieselben Wege beschreiten? Nein!

Selbsthilfe ist wichtiger, gesunder als Staatshilfe.

Es dient nicht dem modernen Staatsgedanken der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, wenn der Bürger vom Staate eingeeignet und bevormundet wird. Der Bürger, der sich selbst helfen kann, muß dazu die Möglichkeit haben. Die gesunden, erwachsenen Arbeiter und Angestellten sind selbst und durch ihre Organisationen heute stark genug, sich selbst zu helfen. Sozialpolitik ist weiter nötig zum Schutz der Jugendlichen, zum Schutz der schwächeren Frauen. Nötig ist ferner soziale Fürsorge für die Schwachen, die zur Selbsthilfe unfähig sind. Alle andere muß man auf die Selbsthilfe verweisen, wenn der demokratische Staat nicht ersticken soll in einer Anzahl von Einrichtungen der Sozialbureaucratie. Daß wir im alten Staat gegangelt und bevormundet wurden, ist begreiflich; denn das entsprach dem Wesen dieses Staates, der keine Mitarbeit und Mitverantwortung der Bürger wünschte. Heute das selbe tun, heißt, daß der Bürger sich auf dem Umwege über die Staatsbureaucratie selbst geängelt.

Die Sozialpolitik verhindert heute teilweise die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und der Arbeitnehmerschaft.

Von allen modernen Industrieländern hat Deutschland die niedrigsten Löhne, die niedrigste Kaufkraft, und zwar gerechnet Lohn zu täglich Sozialleistungen der Kranken- und Invalidenversicherung. Die Länder mit weniger Sozialpolitik haben höhere Reallohne: die Vereinigten Staaten, Holland, Skandinavien. In den Vereinigten Staaten ist das Lebens- und Versicherungsweisen viel härter

entwickelt, als in Deutschland unter Einrechnung der gesamten staatlichen Sozialversicherung. (25 Milliarden Mark gegen 4 Milliarden Mark Jahresausgabe.) Die Sozialversicherung hilft die Löhne niedrig halten. Die Entwicklung der Sozialversicherung hemmt und hindert die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung, das läßt sich nicht mathematisch beweisen, ist aber in der Tat so. Holland hat von allen Industrieländern, obwohl es keine Sozialversicherung wie Deutschland hat, die geringsten Tuberkulosen-, Krankheits- und Kindersterblichkeitsziffern; das kommt davon, weil dort eine höhere Kaufkraft herrscht. Deshalb muß auch bei uns die Hauptsache sein: Erhöhung der Kaufkraft. Die neue Erhöhung der Invalidenversicherung macht 0,6 Pfg. pro Arbeitsstunde aus. Jede Lohnerhöhung, mag sie noch so bescheiden sein, bringt aber mehr als 0,6 Pfg. pro Stunde. Dort, wo der gesunde Mann nicht in einer Sozialversicherung ist, muß er sich viel mehr anstrengen, muß er darauf bedacht sein, mehr zurückzulegen, zu sparen in den Jahren, wo er arbeiten kann, um gegen spätere Schicksalsfälle gesichert zu sein. Das System der Zwangspartkassen schwächt den Sparsinn der Bevölkerung. Wir müssen unsern riesigen Apparat der staatlichen Zwangsversicherung in die freie Selbsthilfe überführen und die freie Selbsthilfe in engste Verbindung zu bringen suchen mit dem, was der Staat hat. Das System unserer Riesenkassen ist falsch, das einzelne Mitglied ist darin ebenso machtlos wie es einem riesigen Staatsamt gegenüber ist.

Die gesamte Sozialversicherung muß der reinen absoluten Selbstverwaltung überwiesen werden.

Warum muß der Staat bei der Invaliden-, bei der Angestelltenversicherung immer noch Bevormundung ausüben? Warum pflegen wir ein Schlichtungswesen, das sowohl bei den Gewerkschaften als bei den Unternehmerverbänden die Freude an die Verantwortung tötet und alle Last dem staatlichen Schlichter auferlegt? Ein Bergarbeiter aus dem Siegerland hat bis zu 25 Prozent seines verdienten Lohnes von vornherein für Sozialbeiträge, Steuern usw. abzugeben.

Die deutsche Sozialpolitik muß neu durchdacht werden. Der Weg der Demokratie verlangt den Weg der Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Er gibt Freiheit und Selbstverantwortung, soweit es unter modernen Verhältnissen möglich ist.

Es kann nicht wundernehmen, daß diese Ausführungen in der Aussprache heftigen, zum Teil leidenschaftlichen Widerspruch hervorriefen. Die schärfste Kritik lag vielleicht darin, daß der Korreferent, Reg.-Präs. z. D. Brauweiler, der Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, einleitend bemerkte:

Wo immer Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über ein solches Thema sprachen, da erwartete man gewissermaßen ein Duell. Hier trette der Fall nicht ein. Er könne den Ausführungen des Herrn Hauptreferenten in weitem Umfange zustimmen.

Was wollte Erkelenz? Wie er sagte, zur Kritik des heute allzu kritiklos hingenommenen Zustandes in der Sozialpolitik anregen. Um „Leben in die Bude“ zu bringen, habe er absichtlich sein Thema traß gefaßt. Nun, er hat wirklich Leben in die Bude gebracht, — ob zu seiner eigenen, ungeschminkten Freude, sei dahingestellt. Abgesehen von den Unternehmervertretern, lebte die Versammlung nahezu einmütig seine Begründung und Kritik als übertrieben und in vielem schief gesehen ab. Wollte z. B. Erkelenz mit seiner Verfeinerung der staatlichen Zwangsversicherung den Versicherungszwang überhaupt beseitigen? Er sagte dies nicht, aber er mußte sich zu Recht in der Aussprache jagen lassen, das sei die Konsequenz seiner Ausführungen. Im meisten dessen, was Erkelenz sagte, steckte ein Körnchen Wahrheit, aber durch die Absolutheit, mit der er seine Thesen formulierte, entstand dann meist ein recht verzerrtes Bild. Geheimrat Griesler vom R.A.M. trat das Richtige, indem er meinte, jedes Volk müsse, die seinem Wesen gemäße Sozialpolitik machen. Dem Charakter des deutschen Volkes entspreche zweifellos am besten die Zwangsversicherung. Der Grundgedanke der Erkelenz'schen Ausführungen, der leider durch seine eigene Begründung fast völlig in den Hintergrund gedrängt wurde, ist richtig: Es muß eine größere Selbstverwaltung und eine Zurückdrängung des staatlichen Einflusses in der Sozialpolitik verwirklicht werden. Unsere Bewegung ist sich in diesem Ziel schon lange einig, mit zwei wichtigen Einschränkungen: erstens muß der Zwang zur Versicherung bestehen bleiben, und zweitens darf die Verbindung des Staates mit der Sozialversicherung nicht völlig beseitigt werden. So, wie Erkelenz das Thema anfaßte, muß man bezweifeln, ob er der von ihm vertretenen Sache und der Sache der Arbeiterschaft überhaupt einen Dienst erwiesen hat.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Von F. Valtrusch

II.
(Schluß.)

Eine eigentümliche Rolle spielte der bekannte schwedische Gelehrte Professor Cassel. Er verglich völlig zu Unrecht die „Monopole der Gewerkschaften“ mit den Monopolen der industriellen Unternehmungen, die bemüht sind, die Preise über das Marktniveau zu steigern. Professor Cassel führte wörtlich an: „Bei denjenigen Industrien, die über einen lokalen Markt verfügen und die natürlicherweise gegen den auswärtigen Wettbewerb geschützt sind, haben die Gewerkschaften die Löhne sehr weit über das Maß hinausstrecken können, das die übrigen Industriezweige, die der freien Konkurrenz ausgesetzt sind, aufzuweisen haben. Das Ergebnis ist die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten infolge des Mißverhältnisses der Entlohnung weit über der allgemeinen Großhandelsverteuerung stehen.“ Cassel gibt deswegen den Gewerkschaften zu einem Teile die Schuld an der außerordentlichen Arbeitslosigkeit. Er verallgemeinert m. E. einige nicht sehr erfreuliche Vorgänge in seiner engeren Heimat viel zu sehr und überieht dabei völlig, daß durchschnittlich die europäischen Arbeitnehmermassen mit ihren Löhnen hinter den Preissteigerungen zurückbleiben. Der durch seinen freimütigen Kampf gegen den Dawesplan sehr verdienstvolle, aber trocken manchesterlich eingestellte Gelehrte begehrt, wie viele Unternehmervertreter, den Fehler, die privaten Warenmonopole der Arbeitgeber den Bestrebungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, die sich den Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor Ausbeutung zum Ziel gesetzt haben, gleichzusetzen. Er vergißt, daß der Arbeitsmarkt kein Warenmarkt ist und daß der Arbeitsvertrag keinen Kaufvertrag darstellt. Die Arbeit, deren Schutz die Gewerkschaften betreiben, ist an den lebendigen Menschen gebunden, ist also nicht eine tote Sache, ein Objekt, sondern die persönliche Leistung eines vom Arbeitswillen beseelten Subjekts. Waren werden gesammelt, Arbeitskräfte sammeln sich. Waren sind passiv, die Menschen aktiv; Waren kann man vernichten, Menschenvernichtung oder Menschenausbeutung ist ein Verbrechen. Hinzu kommt noch, daß die Gewerkschaften ja absolut kein Monopol haben. In Deutschland sind z. B. die Arbeitnehmer überhaupt erst zu einem guten Drittel gewerkschaftlich organisiert. In fast allen Ländern sind die Außenleiter und Schmarotzer und damit die willkürlichen Gehilfen der Unternehmer-Interessen leider weit in der Mehrzahl.

Außerordentlich interessant und vorbildlich für die wirtschaftliche Erkenntnis der deutschen Unternehmer müßten eigentlich die Ausführungen des amerikanischen Sachverständigen Robinson und des englischen Delegierten Faxon sein. Robinson gab in seinen Ausführungen die wirtschaftliche Auffassung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten überwiegt, wieder. Er sagte u. a., nachdem er der Verbesserung des Verkehrswesens und der Mechanisierung der Industrie, sowie der gesetzlichen Kontrolle der sogenannten Trusts und der Erziehung der Öffentlichkeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen und ebenso der Erziehung der Trustleiter hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit gedacht hatte, folgendes: „Anfangs waren die Arbeiter in mehr oder minder versteckter Weise der Einführung von Maschinen abgeneigt. Aber die Arbeitgeber, weit entfernt davon, die Preisverbilligung, also das Ergebnis scharfen Wettbewerbs, durch Lohnherabsetzungen auszugleichen, waren vielmehr bemüht, das Lohnniveau zu heben und sich aller Verbesserungen der Geschäftsführung zu bedienen, ebenso wie der Ingebrauchnahme der Maschinen, um die Selbstkosten herabzudrücken. Die Arbeitnehmer begannen von da an allmählich zu begreifen, daß sie selbst einen Teil des Geldes, das auf diese Weise (durch Rationalisierung nämlich) erspart worden war, erhielten. Und heute haben wir die überraschende Tatsache: man sieht sie (die Arbeitnehmer) sich heute infolge der Verbesserungen beglückwünschend und zur Weiterführung von Verbesserungen beitragen.“ Wenn doch diese Erkenntnis von der Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter sich schneller als bisher auch in den Köpfen der Unternehmer der alten Welt, insbesondere auch Deutschlands, durchsetzen würde.

Der englische Delegierte und bekannte Redakteur des „Economist“, Layton, hat mit seinen Ausführungen sowohl im Plenum wie in der Kommission allergrößten Eindruck gemacht. Er wies auf die großen Verschiebungen und Umschichtungen, die sich in der industriellen Produktion der Welt in der Kriegs- und Nachkriegszeit vollzogen haben und die wesentlich veränderte Bevölkerungsverteilung hin. Keineswegs könne man mehr zu Vorkriegsverhältnissen zurückkehren. Das Reparations- und Schuldenproblem sowie auch die Bevölkerungsfrage erheben ihr Haupt. Er fragte die Amerikaner, ob sie bereit seien, die notwendigen Konsequenzen aus dem Umstände, daß sie seit dem Kriege die Gläubiger der Welt geworden sind, zu ziehen. Natürlich bedeutet das nichts mehr

und nichts weniger als die Frage: Will sich Amerika weiter mit hohen autonomen Zöllen von den Waren seiner Schuldner-Länder abschließen? Letztes Endes kann doch immer nur mit Waren bezahlt werden. Im Rußland richtete Layton die Frage, wie sich denn die Sowjet-Regierung eigentlich die weitere Entwicklung des russischen Handels mit allen den übrigen (kapitalistischen) Staaten in Zukunft denkt? Layton verlangt die Anerkennung dreier Grundsätze, die jedem vernünftigen Menschen eigentlich als eine Selbstverständlichkeit erscheinen sollten, leider aber nicht den verantwortlichen Politikern so erscheinen. Die Sätze lauten auf eine kurze Formel gebracht: „Erstens: die Erkenntnis, daß die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Länder so stark ist, daß ihre Prosperität sich nur im ganzen entwickeln kann oder im ganzen zurückgehen wird. Zweitens: die materielle Wohlfahrt bedingt Vermehrung und Entwicklung der Produktion. Eine auf Produktionseinschränkung gerichtete Politik kann nur zur Senkung des Lebensstandards führen. Drittens: die europäische Produktion kann technisch nur dann auf der Höhe gehalten werden, wenn eine hinreichende Spezialisierung nicht nur zwischen den verschiedenen Industrien, sondern auch zwischen den verschiedenen Ländern eintritt, demzufolge also ständig wechselnder gegenseitiger Warenaustausch, Wirtschaftsverflechtung und Zusammenarbeit.“ Layton zeichnete mit einem Satz die europäische Situation außerordentlich treffend: „11.000 Kilometer neue Zollgrenzen, 10 Millionen Menschen, deren Ernährer arbeitslos sind und dabei über 9 Milliarden Goldmark jährliche Ausgaben für Kriegsrüstung.“

Die Delegierten der Sowjet-Republik Rußland spielten eine eigentümliche Rolle auf der Konferenz. Den größten Teil der Beschlüsse lehnten sie aus grundsätzlichen (marxistischen) Gründen ab, einem andern Teil stimmten sie zu, bezweifelten aber ihre Durchführbarkeit im kapitalistischen System, das sie besonders brandmarkten. Trotzdem verlangten sie von den Vertretern des Kapitalismus auf der Konferenz Kredite und immer wieder Kredite!

Die neu herausgestellten Arbeiten der Genfer Konferenz, die in den Beschlüssen liegen, besonders die Aufstellung eines einheitlichen Zolltariffschemas und einer Zollnomenklatur sollen durch einen Wirtschaftsausschuß in Verbindung mit den Wirtschaftssekretariaten des Völkerbundes alsbald durchgeführt werden. Das ist von größter Bedeutung. In dem Wirtschaftsausschuß beim Völkerbund sollen auch Vertreter der Arbeiter mitwirken. Das ausgezeichnete Material der Konferenz wird demnächst zusammengestellt auch in deutscher Sprache erscheinen.

Allgemeine Rundschau

Religiös neutral?

Während die klugen Taktiker der Sozialdemokratie und ihre höchsten Führer mit der Wiederkehr der duldsamen Gewährleistung in religiösen Dingen um Herz und Hand der christlichen Arbeiter buhlen, schlagen ihnen die sozialistisch-gewerkschaftlichen Kräfte im Lande draußen das Porzellan gründlich in Scherben, indem sie aus ihrer Religionsfeindschaft keinerlei Hehl machen. So schrieb noch unlängst der „Schuhmacher“, das Organ des sozialdemokratischen Schuhmacherverbandes (Nr. 28/6. Juli 1927), unter der Ueberschrift:

„Am den Religionsunterricht in den Berufsschulen“: „Es ist bezeichnend für den Geist der beiden in Deutschland maßgebenden christlichen Kirchen, daß sie bei dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe den Antrag stellten, in den Berufsschulen den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach einzuführen... Es ist unnützlich, zu sagen, daß die freien Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß der Berufsschule, die doch die Jugend mit den für den harten Daseinskampf fürs Leben nötigen Kenntnissen ausstatten soll, durch Einrichtung von Religionsunterricht die so schon knappe Zeit noch mehr verkürzt werden soll. Jeder Erwachsene mag nach seiner Religion selig werden. Aber Religionsunterricht als Lehrfach in den Fortbildungsschulen, das heißt, den Zweck dieser Schulen ganz und gar verkennen.“

Na also! Dann aber dürft ihr nicht so naiv sein und glauben, ein aufrechter christlicher Arbeiter würde eine solche „Neutralität“ mitmachen.

Evangelischer Arbeiterkursus

Auch in diesem Jahre findet an der Evangelisch-sozialen Schule wieder ein hierwöchentlich Arbeiterkursus statt. Besonders zu empfehlen ist die Teilnahme solcher Kollegen, die bereits praktisch in der Gewerkschafts- und Arbeitervereinsbewegung mitgearbeitet haben. Das auf diesem Kursus erarbeitete Wissen wird sich in ihrer weiteren Arbeit segensreich auswirken.

Behandelt werden in der ersten Woche wirtschaftliche und religiöse Grundfragen, die zweite Woche befaßt sich mit der Gewerkschaftsbewegung, den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen usw., die dritte Woche ist der Sozialpolitik gewidmet, und in der vierten Woche wird die Geltung des Berufsstandes, die gewerkschaftspolitische Lage und eine Reihe von Einzelfragen behandelt. Das Vorgetragene wird in schriftlichen und mündlichen Wiederholungen und eingehenden Aussprachen so vertieft, daß jeder

Am 23. Juli 1927 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

aufmerksame und fleißige Teilnehmer etwas Bleibendes mit nach Hause nimmt.

Der Kursus dauert vom 29. August bis zum 24. September. Die Kosten einschließlich Verpflegung und Unterkunft betragen 125 Mm. Außerdem wird das Fahrgeld um die Hälfte verbilligt. Anmeldungen wolle man baldmöglichst, spätestens bis Ende Juli, unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, den Zeugnisabschriften von Schule und Arbeitsstellen sowie einer schriftlichen Arbeit über „Meine bisherige Tätigkeit im Organisationsleben und die dabei gemachten Erfahrungen“ an die Evangelisch-soziale Schule Spandau, Johannessstr. 11, richten, die auch weitere Auskunft geben wird.

Aus dem Verbandsleben

Einheitsorganisation der Bauarbeiter?

Die Agitation ist eines der wichtigsten, schwierigsten und kompliziertesten Kapitel des Gewerkschaftslebens. Was für den Geschäftsmann die Reklame, das und noch mehr ist die Agitation für die Gewerkschaften. Nun kommt es aber immer darauf an, wie man die Agitation betreibt, und daß man hierbei

Unsere Jugendheimlotterie

ist in vollem Gange. Ein Teil unserer Sekretariate und Ortsgruppen ist sehr rege im Vertrieb der Lose. Es stehen aber immer noch sehr viele abseits, die den hohen Zweck und die große Bedeutung der Lotterie für die Erfassung und Durchschulung unserer Jugend noch nicht begriffen haben. Und doch kommt es auf jeden einzelnen an. Wenn alle mit anpacken, ist der Abschluß der Lose gesichert. Wer untätig beiseite steht, macht sich mitschuldig, wenn der Lotterie nicht ein voller Erfolg beschieden sein sollte. Bestellt noch heute die notwendige Anzahl Lose bei der Zentrale des Verbandes oder aber beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Abteilung Jugend, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Auch die, welche ihre Lose bereits abgesetzt haben, dürfen nicht rasten und ruhen, bis das letzte Los abgesetzt ist. Auch sie mögen umgehend neue Lose anfordern. Ihr habt niemals Arbeit und Opfer gescheut, wenn es galt, einer guten Sache zu dienen. Wir vertrauen auch diesmal auf Euch. Es darf in Kürze kein Mitglied mehr geben, das nicht im Besitze wenigstens eines Jugendheimloses ist.

Darum kauft und verkauft Jugendheimlose!

stets auf dem Boden der Wahrheit und Wirklichkeit bleibt. Dies ist aber beim Baugewerksbund, Bezirksverein Berlin, nicht der Fall. Er nahm nach einem Vortrag des Vorsitzenden, „Genossen“ Drügemüller, gelegentlich der Generalversammlung am 12. d. M., eine Entschliebung an, die der Ausdruck vollendeter Demagogie ist. Es wird darin die Einheitsfront aller Berliner Bauarbeiter gefordert! Daß der Baugewerksbund versucht, die grundsätz- und weltanschauungslosen Mitglieder des Industrieverbandes zu sich herüberzuziehen, ist für uns nicht verwunderlich, denn es geht ihm in der Hauptsache doch nur um die Gewinnung von Massen, die als Rekruten der Sozialdemokratie herangebildet werden sollen. Besonders bewiesen wird das noch dadurch, daß man auch die Verbände der Alfordmurer und -Steinträger für den Zusammenschluß gewinnen will. Bis vor kurzem schrieb man noch: „Alford ist Nord.“ Mit Hilfe eiler Renommage versucht man aber auch laut der erwähnten Resolution (Nr. 161 des „Vorwärts“) die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes für die Einheitsfront zu gewinnen! Man will ihnen also die Organisation zerbrechen, die sie sich in jahrzehntelanger und opferreicher Arbeit aufgebaut haben und deren gewerkschaftliche Grundzüge und Methoden sich als die einzig richtigen erwiesen haben. Dabei ist bezeichnend, daß der „Genosse“ Drügemüller die Fruchtlosigkeit eines Verständigungsversuchs mit der Leitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter selbst einräumt und für zwecklos hält. Und weshalb zwecklos? Hier liegt der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Sache, weshalb der christliche Bauarbeiterverband für eine Einheitsfront nicht zu haben ist.

Es ist für uns gar nicht entehrend, wenn der „Genosse“ Drügemüller uns kurzweg immer nur die „Christen“ nennt, im Gegenteil, wir sind stolz darauf, denn sich Christ nennen heißt, das Bekenntnis zum Willen aussprechen, sich immer und überall für die

Durchführung der christlichen Grundsätze einzusetzen. Es geht aber dann nicht an, daß man nebenbei politischen und gewerkschaftlichen Organisationen angehört, deren Ziele nicht von christlichen Grundsätzen getragen sind oder gar, wie es beim Deutschen Baugewerksbund der Fall ist, diesen Grundsätzen feindselig gegenüberstehen. Selbst wenn alle Neutralitätserklärungen der „freien“ Gewerkschaften mehr als bloße Papierprogramme wären, wenn man mal damit ernst machte, wäre die Zugehörigkeit eines Christen zu dem Baugewerksbund immer noch ein Widerspruch, weil das Christentum an jeden seiner Befehrer die Forderung erhebt, das private und öffentliche Leben nach seinen Grundsätzen zu formen. Aber der Baugewerksbund ist ja nicht neutral, weder auf dem politischen, noch auf dem religiösen Gebiet.

Der Deutsche Baugewerksbund wird doch wohl selbst nicht behaupten wollen, der christliche Bauarbeiterverband wäre aus einem Zufall entstanden. Seine Gründung war die Reaktion auf den sozialistischen und religionsfeindlichen Geist des Deutschen Baugewerksbundes. Und so lastet der Vorwurf der Arbeiterzerfplitterung einzig und allein auch auf dessen Führern, weil sie die Organisation so leiten, daß es dem christlich denkenden Bauarbeiter, ohne in Widerspruch mit seiner Ueberzeugung zu kommen, unmöglich ist, ihr anzuhören.

Die starke grundsätzliche Unterscheidung unseres Verbandes vom Baugewerksbund trat infolge der gemeinsamen Tarifpolitik und gemeinsamer Abwehrkämpfe in den letzten Jahren weniger hervor. Der „Genosse“ Drügemüller mag sich aber in seinem schonen Agitationseifer nicht täuschen: Es handelt sich hierbei um durch die Verhältnisse gebotene Gemeinschaftsarbeit, noch nicht einmal um Arbeitsgemeinschaft, und erst recht nicht um Gefinnungsgemeinschaft. Und deshalb denken wir auch nicht daran, unsere selbständige Existenz aufzugeben. Nein, verehrter „Genosse“ Drügemüller, soweit sind wir wirklich noch nicht, und wenn es Dich auch kränken mag: Die christlichen Bauarbeiter Berlins lachen bestenfalls über deine weltfremden Eroberungspläne.

Denn solange der Deutsche Baugewerksbund seine politische und religiöse Neutralität zugunsten der Sozialdemokratie und des Freidenkertums verleiht, solange ist für den christlich denkenden Bauarbeiter im Deutschen Baugewerksbund kein Platz. W.

Eigenartige Agitationsmethoden

Verwaltungsstelle Gladbeck. Der Angestellte St. des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Buer, scheint um Agitationsstoff verlegen zu sein, oder sollte die Beitragserhöhung, die auch er am 1. Juli vornehmen mußte, ihm große Sorge bereiten? Auf jeden Fall beliebt er in der Agitation Methoden unserem Verband gegenüber, die auf seine Geistesverfassung ein eigenartiges Bild werfen. Wir sind daher gezwungen, uns heute mit seiner Person etwas näher zu befassen.

Vor einiger Zeit machten wir die Wahrnehmung, daß St. seinen Vertrauensleuten eine Tabelle überreichte, worin er eine Gegenüberstellung der Unterstützungsätze des Baugewerksbundes und unseres Verbandes vornahm. Dabei legte er für unser Gebiet Beiträge von 1,70 Mark für die Hauptkassette zu Grunde, die im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht gezahlt werden. Auf die Tabelle selbst hier einzugehen, erübrigt sich, da jedem Gewerkschaftler die Unterstützungsätze seiner Organisation bekannt sind. Am Schlusse wird dann in der Tabelle gesagt: „Aus dieser Gegenüberstellung der Unterstützungsätze der beiden Bauarbeiterorganisationen ist klar ersichtlich, daß der Deutsche Baugewerksbund bedeutend mehr für seine Mitglieder leistet, als die „Christen“. Gebt dies unter unseren Kollegen bekannt.“ Wie uns weiter hierzu mitgeteilt wird, soll St. in einem anderen Rundschreiben seine Vertrauensleute aufgefordert haben, auch die christlichen Kollegen über diese Dinge zu unterrichten.

Nun, wir sind der Auffassung, daß wir eine „Aufklärung“ von St. gut und gern entbehren können, werden wir doch durch unsere Verbandsleitung genügend informiert. Möge St. nur in seinen Reihen das tun, was notwendig ist, dann werden die Klagelieder, die aus seinen Mitgliederkreisen zu uns dringen, gar bald verstummen. Aber unseren Verband und seine Einrichtungen möge er unbehelligt lassen, diese zu gestalten ist unsere ureigenste Sache. Wir müssen nur unser Ersuchen darüber zum Ausdruck bringen, daß St. auf einmal solch großen Wert auf die Unterstützungen (gemeint ist hier in der Hauptsache die Arbeitslosenunterstützung) legt. Früher konnte man immer hören: Wir sind eine kassenbewußte Kampforganisation und kein Unterstützungsverein.“ Sollte sich diese Grundeinstellung in der letzten Zeit geändert haben? Wir nehmen an, daß St. in seinem Gebahren ein Einpänner bleibt, der nur deshalb sich in solcher Weise betätigt, um Mitglieder zu kapern und um einen Ausweg für die Beitragserhöhung zu finden. Dabei möchten wir ihn an sein früheres Wort erinnern: „Für die Bauarbeiter, die so oft von einem Verband zum anderen hin- und hergondeln, habe ich nicht viel übrig.“ Ganz recht, das ist auch unsere Meinung. Aber warum dann auf einmal so ein trampfhaftes Bemühen um die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes?

Wir möchten St. aber auch dringend anheimgeben, unserer Organisation die Achtung entgegenzubringen, die sie schlechterdings von jedem anständigen Menschen verlangen muß. In Horst-E. war ein Kollege, der früher Mitglied des Baugewerksbundes war. St. traf ihn an einer Baustelle und sagte ihm: „Daß uns uns wieder betragen und konnte bundes war. St. traf ihn an einer Baustelle und den christlichen Bauarbeiterverband.“ Darüber war

St. erbot, und er erklärte wörtlich: „So, bei die Schwarzfünftler willst du jetzt gehen.“ Unser Kollege Citzrich (Kassierer in Horst) war Zeuge dieses Ausspruches. Auf einer anderen Baustelle, bei der Firma Weber in Horst, arbeitet der jugendliche Hilfsarbeiter Soballa. Er wurde vor kurzem bei uns Mitglied. Bei einer Bauteilkontrolle fragt St. den selben, ob er organisiert sei, was dieser bejahte. Auf die Frage, in welcher Organisation er sei, bedeutete ihm unser Kollege, er sei Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes. St. entgegnete darauf: „Du hast ja gar kein christliches Gesicht, du mußt dich sofort umschreiben lassen.“ Flugs steigt er die Leiter herauf und erklärt dem Baudelegierten des Baugewerksbundes: „Der Kollege Soballa läßt sich umschreiben, du faunst das Buch einziehen.“ Als der Baudelegierte sodann dem Kollegen das Buch abberlangt, war dieser nicht wenig erstaunt darüber. Mit Entrüstung lehnte er es ab, sich umschreiben zu lassen. Er habe dem St. schon gesagt, daß er Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes sei und bleibe. Bei derselben Firma arbeitete vor einigen Wochen unser rühriger Vertrauensmann Kollege Holste vom Eichsfeld. Auch dieser wurde über seine Organisationszugehörigkeit von St. zur Rede gestellt. Holste entgegnete ihm, daß er schon seit seinem ersten Lehrlingsjahre Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes sei, worauf er stolz wäre. St. jagte nun zu dem Nebenmann von Holste, der Mitglied des Baugewerksbundes ist „Mit einem Christen arbeitest du zusammen?“

Es ließen sich noch eine ganze Reihe solcher Vorkommnisse anführen, die klar und eindeutig beweisen, wie St. es mit der Agitation hält. Wir hätten auch jetzt noch geschwiegen, aber die Dinge waren in der letzten Zeit einfach überspannt. Wir sind selbstverständlich der Auffassung, daß jeder Verbandsangestellte in der Agitation seine Pflicht tun muß, dafür ist er da. Was wir aber verlangen können, das ist, daß die Verarbeiteten sich stets im Rahmen des Anständigen bewegen muß. Wir erwarten, daß dieser Hinweis genügt, um fürderhin Vorkommnisse, wie die gekennzeichneten, unmöglich zu machen.

Eberhausen (Hild.). In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Baukontrolleur Kollege Dörner einen Vortrag über Bauarbeiterchutz. Den interessantesten Ausführungen des Redners entnehmen wir folgendes:

Die wichtigsten Bestimmungen über Bauarbeiterchutz und Fürsorge auf Bauten finden ihren Niederschlag in der für die Stadt Eberhausen gültigen Bauvorschriften vom 1. April 1913 sowie in einer besonderen Polizeiverordnung betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten vom 9. November 1914 und in einer Polizeiverordnung vom 1. Februar 1913 über die Beschaffenheit der beim Gerüstbau zur Verwendung gelangenden Materialien bzw. über den Bau der Arbeitsgerüste. (Gerüstordnung.) Hinzu kommen die Unfallverhütungsvorschriften der Rhein.-Westf. Baugewerksberufsgenossenschaft vom 1. Mai 1922.

Aufgabe der in Betracht kommenden Stellen, der Behörden sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Baugewerbes muß es sein, in gegenseitiger vertrauensvoller Zusammenarbeit ohne Buchstabenreiterei dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen dieser Bestimmungen Leben und Gesundheit der auf den Bauten beschäftigten Arbeiter geschützt wird. Die Aufsichtsbewachen der Baupolizei werden in allen Fällen unmissverständlich einschreiten müssen, wo abfichtlich oder fahrlässig grobe Verstöße gegen die Bestimmungen vorkommen. An Hand von Beispielen aus der Erfahrung führte der Redner den Nachweis, daß ein Teil der Unfälle im Baugewerbe auf gleichgültiges, oft sogar fahrlässiges Handeln der eigenen Arbeitskollegen zurückzuführen ist. Aufgabe der organisierten Bauarbeiter ist es, hier zu pflichtbewusstem Selbstverantwortlich-fühlen zu erziehen. Vor allem ist der Baudelegierte, als der Vertrauensmann seiner Arbeitskollegen und deren gesetzlicher Vertreter, verpflichtet, in diesem Sinne durch Wort und Beispiel zu arbeiten. Auch ist der Baudelegierte verpflichtet (siehe § 1 Abs. 4 der Unfallverhütungsvorschriften), bei Verstößen gegen die Bestimmungen den Vorgesetzten bzw. den Unternehmer hierauf aufmerksam zu machen und, falls dies nichts nützen sollte, dem kontrollierenden Baupolizeibeamten hiervon Mitteilung zu machen. Allerdings muß dies in einer Form geschehen, die nicht schikaniert, sondern wirklich Mängel beseitigen will. Gerade mit Rücksicht hierauf ist der Persönlichkeit des Baudelegierten bei dessen Wahl die größte Bedeutung beizumessen. Leider trafe er an so vielen Baustellen keine Baudelegierten an, was als offenkundiger Mangel zu bezeichnen sei. Die Bauarbeiterorganisationen haben der Frage des Bauarbeiterchutzes stets das größte Interesse entgegengebracht. In grandlegenden Resolutionen auf den Verbandstagen, in Petitionen an die Parlamente im Reich und Reich, in Broschüren und Mitgliederversammlungen ist diese erörtert und sind Reformvorschläge an die zuständigen Stellen geleitet worden. Auf derselben Linie liegt die nach dem Kriege endlich verwirklichte Forderung der Anstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der organisierten Bauhandwerker.

Leben und Gesundheit sind bekanntlich nicht nur persönliches Gut, sondern stellen einen Nationalwert dar, mit dem wir nach dem jüngstlichen Niederlag durch den Krieg und der jetzt zunehmenden Verwilderung des Begriffs von der Heilighaltung der Ehe und Familie alle Ursache haben, rational umzugehen. Das Leben kann daher der Gesundheitszustand des Volkes nicht gleichgültig sein. Für Betriebe mit besonderen Gesundheitsfragen, zu denen das Baugewerbe gehört,

sind besondere Schutzbestimmungen am Platze. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich gegen früher manches gebessert hat, so liegt doch auch in unserer Stadt auf den Baustellen in letzter Zeit vieles im argen. Die seit dem 1. Mai d. J. wieder regelmäßig durchgeführte Baukontrolle bietet die Gewähr, daß hier Besserung eintritt. Der Redner nahm Bezug auf den § 6 der Unfallverhütungsvorschriften, der dem Unternehmer zur Pflicht macht, in den Kostenanschlägen besondere Positionen einzusetzen für Abdeckung der Träger und Balkenlagen Herstellung von Schutzgerüsten usw. Diese wichtige Bestimmung wird infolge der Konkurrenz leider in den wenigsten Fällen beachtet.

Trotzdem wir eine Reihe öffentlicher Bauten sowie große Kanalprojekte durchgeführt haben, ist unsere Stadt glücklicherweise von größeren Unfällen verschont geblieben. Ich erinnere an den Bau der Mittelschule, der Dellinger Schule, des Polizeipräsidiums, der Berufsschule, der großen Flügelbauten aller drei Krankenhäuser, der großen Flügelbauten der Emscher Schule und den Bau des Stimmamlers. Wenn auch Unfälle trotz allem nicht ganz zu vermeiden sein werden, so ist doch genau so sicher, daß ihre Zahl bei verständnisvoller Zusammenarbeit aller Verantwortlichen vermindert werden kann. Möge das Vertrauensgefühl der auf den Bauten beschäftigten Arbeiter in diesem Sinne zu seinem Teil hierzu beitragen.

Lebhafter Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seine Ausführungen. In der Aussprache ging der Kollege Berg näher auf die Rechte und Pflichten der Baudelegierten ein. Rechtlich ist der Baudelegierte der gesetzlich und tarifvertraglich geordnete Vertreter der Arbeiter auf der Baustelle. Jede Baustelle hat das Recht und die Kollegen haben die Pflicht, die Betriebsvertretungsrechte in Anspruch zu nehmen. Wo verantwortungsvolle Baudelegierte tätig sind, da ist auch reger Organisationsgeist und engere Fühlung mit der Organisationsleitung. Unsere Lösung muß sein: keine Baustelle ohne Baudelegierte.

U. E.
Ortsgruppe Sodingen. Ein recht erfreuliches Ergebnis ihrer Werbetätigkeit haben die hiesigen Kollegen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl, die Ende Januar 60 betrug, ist heute auf 145 angewachsen. Es kann ohne Übertreibung berichtet werden, daß im Bereich der Ortsgruppe alle Bauarbeiter, aber auch alle Lehrlinge organisiert sind. (Bravo! D. Red.) Jeder zureisende Kollege wird sofort durch den betreffenden Delegierten unter die Lupe genommen und ihm, falls er keine „reine Wäsche“ hat, freundlich aber dringend ans Herz gelegt, sich möglichst schnell ein Verbandsbuch zu besorgen. Daß speziell unsere Delegierten nicht faul waren, beweist der erfreuliche Aufschwung der Mitgliederzahl.

Es sei mir gestattet, in Punkt Agitation hier einige Worte zu sagen. Was ich sagen will, ist schon hundertmal in Versammlungen und in der Presse erörtert worden. Aber ich habe das Gefühl, daß ein großer Teil der Kollegen keine Versammlungen besucht, und daß die Artikel in der „Baugewerkschaft“ von vielen Kollegen nicht gelesen werden. Sie haben angeblich keine Zeit — Es ist m. E. unbedingt notwendig, daß alle Kollegen im Reiche, nicht nur die Funktionäre, an der Stärkung des Verbandes mitarbeiten. Da darf es nicht einen einzigen Lauen geben, jeder einzelne Kollege muß sich mitverantwortlich fühlen an dem stetigen Aufstieg seines Verbandes und damit seiner materiellen und geistigen Standesinteressen. Einige Fingerzeige für die Werbetätigkeit mögen zum Schluß folgen. Für den Delegierten: Sofortiges, kräftiges Zutreten bei der Arbeitsaufnahme jedes neuen Kollegen. Für den Kassierer: Regelmäßige und pünktliche Bedienung aller Kollegen. Ferner sollte kein Kollege an der Arbeitsstelle einen unorganisierten neben sich dulden. Gehen wir uns doch die straffe Disziplin in den Arbeitgeberorganisationen an. Da gibt es keine Augenweider. Da ist die Verbandszugehörigkeit sowie die Einhaltung der gefassten Beschlüsse eine Selbstverständlichkeit. Das sollte uns Bauarbeitern doch zu denken geben. Jeder organisierte Kollege muß es als seine Pflicht ansehen, mit dafür zu wirken, daß es in Zukunft keinen unorganisierten Bauarbeiter mehr gibt. Der Indifferentismus muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Verwaltungsstelle Baisfak. Einen großen Erfolg brachte uns die Frühjahrsagitation. Während wir am 1. Januar 41 Mitglieder hatten, ist die Zahl jetzt bis auf 110 Mann gestiegen. Davon sind 18 abgemeldet nach dem Rheinland, nach Hamburg und Görtz. Vor kurzer Zeit wurden neue Ortsgruppen gebildet. Gratzheim zählt 16 Mitglieder, Boblowitz 12, während es im vorigen Jahre erst 5 waren! Am Pfingstsonntag wurde in Brandis eine Ortsgruppe mit acht Mitgliedern gebildet, welche heute schon 17 Mitglieder zählt. Dort dürfte die Zahl noch höher werden, da die Bauzeitigkeit bis in den Spätherbst dauern wird. Unser Ziel ist, die Verwaltungsstelle Baisfak in diesem Jahr noch auf 150 Mitglieder zu bringen. Möge jeder Kollege dabei mithelfen, dann wird dieses Ziel bestimmt erreicht werden.

Jugendbewegung

Wkt. Es unter manchen jungen Kollegen etwas eigenartig an, wenn es in einer Gewerkschaftsversammlung heißt, es soll ein Lied gesungen werden. So erging es auch einigen unserer jungen Kollegen in der Versammlung der Kölner Jugendgruppe, die am Mittwoch, dem 6. Juli, stattfand, als in derselben vorgeschlagen wurde, ein Lied zu singen. Trotzdem erschollen aber sogleich die schönen Weisen eines

bekanntes Volksliedes. Die Kollegen, die vorher erstaunt waren, sangen auch kräftig mit. Einer von ihnen hatte sogar angestimmt. Die Stimmung der Versammlungsteilnehmer wurde durch das Lied sehr gehoben.

Zu dem Vortragsthema des Abends: „Warum organisieren wir uns im christlichen Bauarbeiterverband?“ führte der Kollege Leuninger u. a. folgendes aus: Die freien Gewerkschaften geben an, sie seien politisch und religiös neutral. Dieses trafe jedoch nicht zu. Hierfür erbrachte er verschiedene Beispiele, aus denen das Gegenteil des von den freien (sozialistischen) Gewerkschaften Behaupteten hervorging. Zwar habe sich die Form des Kampfes der freien Gewerkschaften gegen das Christentum und die Kirche im Laufe der Zeit etwas geändert, aber der Geist sei immer noch derselbe. Es wäre daher notwendig, daß der letzte christliche Bauarbeiter unserem Verbande angehöre. Besonders bestrebt müßten unsere jungen Mitglieder sein, diejenigen jungen Kollegen, die in den konfessionellen Jugendvereinen, aber noch nicht in unserm Verbande seien, diesem zuzuführen. Diese Ausführungen wurden in der Aussprache sehr gut durch den Kollegen Lüdertoth ergänzt.

Begeistert folgten unsere Kollegen dem Vortrag und gaben ihrer Begeisterung durch reichem Beifall Ausdruck. Verschönt wurde die Versammlung durch ein Gedicht, das von einem jungen Freunde gut vorgetragen wurde. Mit einem flotten Marschlied wurde die sehr schön verlaufene Versammlung beendet.

Bekanntmachungen

Bezirk Paderborn
Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berufen wir auf Sonntag, den 14. August, eine

Bezirkskonferenz
ein. Dieselbe beginnt um 10 Uhr vormittags in Paderborn im Arbeitervereinshaus, Wasserkunst 1.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes.
 2. Der Reichstarifvertrag und die Bezirksverträge.
 3. Die Lage der Bauarbeiter im Wirtschaftsleben und in der sozialen Gesetzgebung.
 4. Erledigung von Anträgen.
 5. Wahl des Bezirksvorstandes.
- Jede Verwaltungsstelle ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden (siehe § 10 der Satzungen). Anträge müssen bis zum 10. August an der Bezirksstelle sein.

Weitere Anweisungen gehen den Vorständen der Verwaltungsstellen durch Rundschreiben zu.
Der Bezirksvorstand.
ges. Friedrich Werner.

Verwaltungsstelle Würzburg

Allen Kollegen zur Mitteilung, daß sich unser Büro jetzt in der Sternstraße Nr. 5 befindet. Sprechstunden finden laut Beschluß des Verwaltungsstellenvorstandes Dienstag und Freitag von 8 bis 12 und 2 bis 7 Uhr statt. Zu dieser Zeit ist der Kollege bestimmt anwesend.

Für die Kollegen von Schweinfurt findet eine Sprechstunde statt an jedem Sonnabend mittag von 12 bis 2 Uhr im katholischen Gesellschaftshaus, Johannisstraße.

Wir bitten die Kollegen, für Einhaltung der Bürostunden Sorge zu tragen, um unnötige Gänge zu vermeiden.
Der Vorstand. S. A.: Karl Greib.

Sterbetafel

Am 19. Juni starb infolge Lungenentzündung unser langjähriges Mitglied, der Maurer **Hermann Reul** aus Schönbad i. L., im Alter von 58 Jahren.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Unser Kollege **Josef Müller**, Zementeur, starb am 6. Juli im Alter von 66 Jahren an Altersschwäche. Im „alten Müller“ verliert die Verwaltungsstelle eines ihrer treuesten Mitglieder, das nie in einer Versammlung fehlte.

Verwaltungsstelle Freiburg i. B.
Ehre ihrem Andenken!

**Tüchtiger energischer
Mauervollzieher
und 10-12 Maurer**
für sofort gesucht

**Josef Baumstieper, Greben (Westf.)
Abt. Zimmerer!**
Empfehle jedem Zimmerer das wertvolle Buch: „Die praktische Dachstuhlprüfung“. In diesem Buch sind die einfachsten und leichtverständlichen Methoden beschrieben, wie man das Schichten schnell und perfekt erlernen kann. Es ist selbst den tüchtigsten Polierern zu empfehlen. Preis M. 3,50 durch **Oskar Lemmer, Eberfeld, Marienstr. 120.**